

Niedriglohn

Arm trotz Arbeit in Bielefeld

Nach über 10 Jahren rot-grüner Agenda-2010-Politik ist unser Land kaum wiederzuerkennen.

Immer mehr unsichere Lebensverhältnisse durch

wird dann jede Arbeit, auch zu Hungerlöhnen, zugemutet. Wer nicht mitmacht, dem wird das Arbeitslosengeld II mal eben gekürzt. Hartz IV heißt die Peitsche, mit der die

stellung, dem Reinigungsgewerbe etc. können ein Lied davon singen.

Immer mehr BielefelderInnen können von einer Vollzeitstelle nicht existieren und müssen sich als Aufstocker den Rest zum Leben vom Staat holen. Eine gigantische Subventionierung von Unternehmen, die ihren Beschäftigten nur Hungerlöhne zahlen, geht über die Bühne.

Prekär Beschäftigte sind nicht in der Lage, eine existenzsichernde Rente aufzubauen. **Die Niedriglöhner von heute sind die Armutsrentner von Morgen.**

Eine sozialpolitische Zeitbombe tickt mitten in unserer Gesellschaft.

Diese Entwicklung haben

DIE LINKE fordert:

- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 10 Euro.
- Der unbefristete Arbeitsvertrag muss wieder die Regel werden. Die Möglichkeiten der Befristungen sind deutlich einzuschränken.
- Leiharbeit muss verboten werden.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.
- Minijobs müssen der vollen Sozialversicherungspflicht unterliegen.
- Weg mit Hartz IV. Für eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung.

SPD-Grüne (Schröder/Fischer) als auch alle nachfolgenden Regierungen ob SPD-CDU oder CDU-FDP zu verantworten.

Auch wenn aktuell SPD-Grüne im Bundestagswahlkampf die Opfer ihrer eigenen Arbeitsmarktpolitik als Wähler umwerben, sind sie le-

diglich zu kosmetischen Korrekturen ihrer Agenda-2010-Politik bereit.

Es sind aber grundlegende Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt notwendig!

Hans-Dietmar Hölscher
Zeitungszusteller NW-Logistik, Niedriglohnsektor

»Das Verbrechen hat immer Name und Adresse«

Bertolt Brecht

Bielefelder Betriebe, die ihren Beschäftigten Hungerlöhne zahlen, sollten der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden! DIE LINKE wird alle Fälle, die ihr bekannt werden, veröffentlichen.

Jeder Hinweis wird so behandelt, dass die Informanten nicht gefährdet werden.

Informationen zu Hungerlöhnen

bitte per Telefon (0521) 86611 oder per E-Mail: info@dielinke-bielefeld.de an DIE LINKE Bielefeld.

befristete Arbeit, Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit sind die Lebensrealität von mehr als zehn Millionen Menschen. 22 Prozent aller abhängig Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor. Jeder fünfte kann von seiner Arbeit nicht existieren. Deutschland ist das Land mit dem größten Niedriglohnsektor Westeuropas und Schlusslicht in der Lohnentwicklung. Jeder der noch Arbeit hat weiß, dass er schnell abgestürzt kann. Wer seinen Job verliert und innerhalb eines Jahres keine neue Arbeit findet, wird zum Hartz-IV-Bezieher. Ihm

Menschen für Arbeiten zu Hungerlöhnen gefügig gemacht werden.

Von 2000 bis 2011 wurden 2,3 Millionen Vollzeitjobs vernichtet. Im gleichen Zeitraum entstanden 4,1 Millionen miese Jobs, von denen man nicht leben kann. Das ist der Hintergrund für das viel gepriesene „deutsche Jobwunder“ der schwarz-gelben Bundesregierung.

Diese sozialpolitischen Verwüstungen bestimmen auch den Bielefelder Arbeitsmarkt. Die Beschäftigten beim Cinestar (aktueller Einstiegslohn 7,10 Euro), bei der Citi-post OWL (10 Cent pro Brief), in der Zeitungszu-



Streik der Kollegen und Kolleginnen des Cinestar für einen Tarifvertrag, 3. November 2012

Interview mit Dirk Toepper (Gewerkschaftssekretär ver.di, Fachbereich 8)

Warum will ver.di umFAIRteilen?

Der frühere ver.di-Chef von Stuttgart und jetzige Vorsitzende der LINKEN Bernd Rie-xinger hat jüngst gemeint, dass die Frage „Wer bekommt wieviel vom gesellschaftlichen Reichtum?“ für die Gewerkschaften im Zentrum stehen sollte. Was verspricht sich ver.di von der Kampagne „UmFAIRteilen“?

Dirk Toepper: Mit Veranstaltungen und Aktionen wollen die Gewerkschaften aufzeigen, dass in Europa Geld für Wachstum und Investitionen vorhanden ist. Dafür muss das Missverhältnis von öffentlicher Armut (Staats-schulden) und privatem Superreichtum angegangen werden. Ein Prozent der Gesellschaft besitzen in Deutschland etwa ein Drittel des Gesamtvermögens, 10 Pro-

zent besitzen zwei Drittel des Geldvermögens. Diese ungerechte Verteilung müssen wir ändern, um die öffentliche Daseinsvorsorge und damit die Wohlfahrt für die sogenannten unteren Schichten abzusichern und zu verbessern.

Die Staatsschulden der Eurozone betragen heute 10 Billionen Euro. Dem stehen 27 Billionen an privaten Vermögen gegenüber. Nötig sind eine Besteuerung der hohen Einkommen, der großen Vermögen und der Spekulationsgewinne. Dann kann wieder in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und Infrastruktur investiert werden. Dies wird Arbeitsplätze schaffen. Ver.di will, dass Europas Reichtum allen ein gutes Leben ermöglicht.

In diesem Jahr gibt es viele Tarifrunden. Wie



ver.di-Sekretär Dirk Toepper (Mitte) beim Aktionstag „umfairteilen“ am 15. September 2012

können die mit der Kampagne „UmFAIRteilen“ verbunden werden?

Dirk Toepper: Tarifrunden, insbesondere Lohn- und Gehaltsrunden, sind das gewerkschaftliche „Kerngeschäft“. Dabei geht es, neben den materiellen Interessen unserer Mitglieder, auch immer um die Frage von gerechter Verteilung des Reichtums der von den Arbeitnehmern geschaffen wurde. Dieses kann aber nicht alleine durch

Lohnregelungen erreicht werden, weil die Arbeitnehmer auch auf gesellschaftliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Deshalb ist gerade die Kampagne UmFAIRteilen wichtig, um zu einer gerechteren Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu kommen. Genau dieser Aspekt muss mit den Lohn- und Gehaltsrunden – insbesondere in den unteren Lohnbereichen – gekoppelt werden, um eine ganzheitliche

Mobilisierung und Interessenvertretung für die Arbeitnehmer zu schaffen. Gleichzeitig werden so die gewerkschaftlichen Lohnkämpfe mit der Verteilungsgerechtigkeit für alle, wie z. B. Rentner und Erwerbslose, verbunden.

Was plant UmFAIRteilen in den nächsten Monaten bundesweit und in Bielefeld?

Dirk Toepper: Das Bielefelder Bündnis plant weiterhin öffentliche Aktionen, z.B. am dezentralen Aktionstag 14. April. Wir wollen im März eine Diskussionsveranstaltung zur weiteren Mobilisierung machen und werden uns an den zentralen Aktionen vor der Bundestagswahl wieder beteiligen.

Mit Dirk Toepper sprach Heinz Willemsen, DIE LINKE Bielefeld.

Eine gute Rente für ein gutes Leben

Aktuelle Sozialberichte zeigen auf, dass immer mehr Menschen im Alter mit ihren Alterseinkommen den bis dahin erreichten Lebensstandard nicht mehr aufrecht erhalten können. Und für Millionen von Menschen, die sich jetzt noch in Ausbildung oder im Erwerbsleben befinden,

wird Altersarmut ein reales Problem werden.

Die Rente ist keine Frage der Demografie

Die Zweckklüge der Rentenkürzer lautet: Immer mehr Alte werden zu teuer. Aber nicht die steigende Lebenserwartung sondern eine falsche Politik bedroht die Sicherheit

der Renten. Vor allem ist die drohende Verarmung von Millionen älteren Menschen in Deutschland auf sinkende Real-löhne, der Ausweitung des Niedriglohnsektors per Zeitarbeit, Minijobs, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit und eine Rentenkürzungspolitik zurückzuführen.

Altersarmut per Gesetz

Die Rentenreformen von SPD und Grünen sowie CDU/SPD lassen das Niveau der gesetzlichen Rente langfristig dramatisch sinken. Mit der (Teil-)Privatisierung der Rente, der Aussetzung der jährlichen Rentenanpassung, Beendigung der Beitragszahlungen für Langzeitarbeitslose, Rente mit 67 usw. wurde das für den Sozialstaat grundlegende Prinzip der Lebensstandardsicherung in der Rentenversicherung aufgegeben. Deutschland ist dabei Vorreiter. EU-Ratspräsident v. Rompuys verrät das Programm des Finanzkapitals: „Der Sozialstaat in Europa hat sich überlebt.“

Eine solidarische Rente ohne Armut ist finanzierbar!

Genug Geld ist vorhanden, es ist nur falsch verteilt. Auch hier ist UmFAIRteilung der Schlüssel zur Lösung.

Mehr Infos zum Thema Rente unter:

Matthias W. Birkwald, Rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE, www.matthias-w-birkwald.de



Carsten Strauch
Kreissprecher der LINKEN

Alternativen zur Altersarmut

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge
Donnerstag, 28. Februar 2013, 19 Uhr
Ravensberger Park, Volkshochschule Bielefeld, Murnau-Saal



Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln zeigt die Folgen einer falschen Rentenpolitik und Lösungen für eine solidarische Rentenversicherung auf.

EINBLICKE

DIE LINKE.
RATSFRAKTION BIELEFELD

Nachrichten der Fraktion DIE LINKE aus Bielefelder Rat & Bezirken

Frühjahr 2013

Stadtfinanzen:

Ohne mehr Steuereinnahmen geht nichts mehr!

Seit zehn Jahren befindet sich Bielefeld mit kurzer Pause in „Haushaltssicherung“ oder „Nothaushalt“, weil die Einnahmen nicht für notwendige Ausgaben reichen. Seitdem wird an allen Ecken und Enden bei den städtischen Leistungen und in der Verwaltung so gekürzt, „dass es knatscht“, wie Oberbürgermeister Pit Clausen in der letzten Kürzungsdebatte von 2009 flapsig bemerkte. Ergebnis dieser zehn Jahre ist das größte Haushaltsloch in der Geschichte der Stadt.

2013 fehlen mehr als 100 Millionen Euro in der Stadtkasse für die nötigen Ausgaben. Fast eine halbe Milliarde Euro hat die Stadt an Kurzkrediten aufgenommen, um laufende Ausgaben zu bestreiten.

Woher kommt das Haushaltsloch?

Vor zehn Jahren wurden durch die „Unternehmenssteuerreform“ der rot-grünen Regierung Schröder-Fischer die Unternehmenssteuern in einem Umfang gesenkt, der in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Bei-

spiel ist. Für die Bielefelder Stadtkasse halbierte das die Gewerbesteuer-einnahmen. Es folgte die erste große Kürzungswelle 2003, genannt „Haushaltssicherungskonzept“. Weitere Steuersenkungen im Gefolge der Finanzkrise 2008 kosteten Bielefeld wiederum Millionen: allein 24 Millionen Euro Mindereinnahmen im letzten Jahr, wie der städtische Finanzdezernent Lösecke auf Anfrage der LINKEN zugab. Dazu kam 2010 das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz von CDU und FDP, das

der Stadt jährlich noch einmal rund 10 Millionen Euro weniger Einnahmen bescherte.

Weiter kürzen löst kein Problem – es schafft nur neue

Gewiss könnte die Ampel aus SPD, GRÜNEN und FDP immer weiter kürzen, etwa die 21 Millionen Euro Zuschuss für den öffentlichen Nahverkehr oder die 19 Millionen Euro Zuschuss für das Stadttheater – völlig unzureichend im Vergleich zum 100-Millionen-Haushaltsloch.

Noch lächerlicher die Kürzungssummen bei Abschaffung von Museen, Bibliotheken, Bädern, Sportstätten, Grünflächenpflege, ohne Straßenbau und -reparatur.

Selbst wenn das alles gestrichen würde, wäre der Stadthaushalt immer noch nicht ausgeglichen.

Doch wer will in einem Bielefeld ohne Bus und Bahn, Kultur, Sport und Erholung, aber mit verkommene Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden noch leben?

Es fehlen die nötigen Einnahmen – nicht nur in Bielefeld.

So wie Bielefeld geht es den meisten Kommunen in NRW: von 54 hatten 2010 nur noch vier einen „ausgeglichenen Haushalt“. Es fehlen die an Reiche verschenkten Steuereinnahmen. Bund, Länder und Gemeinden haben gemeinsam 2.000 Milliarden Schulden. Die Privatvermögen im Land, seit 18 Jahren nicht mehr besteuert, betragen dagegen 9.000 Milliarden Euro, also rund das Fünffache. Der unbesteuerter private Reichtum wurde gigantisch gefördert, das Gemeinwesen ist krass verarmt.

Nötig sind eine Vermögensabgabe wie früher beim Lastenausgleich und die erneute Einziehung der Vermögenssteuer. Fünf Prozent bringen keinen Reichen an den Bettelstab, aber das Gemeinwesen kann damit wieder funktionieren.



Barbara Schmidt
Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Rat



Aktion mit Flugblattverteilung des Bündnisses UmFAIRteilen im Rathaus zum Haushalts-Dialog von Oberbürgermeister Pit Clausen am 23.1.2013

Geld für Kinder versickert auf Konten der Stadt

Über zwei Millionen Euro drohen auf den Konten der Stadt Bielefeld zu versickern.

Das Geld steht aber bedürftigen Kindern zu: 2011 startete die Bundesregierung das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder armer Familien. Im Gegenzug wurde die Regelsatzerhöhung für Kinder über mehrere Jahre ausgesetzt. Seitdem können bestimmte Leistungen für Kinder – wie Klassenfahrten, Nachhilfe oder Beiträge für Sportvereine – nur umständlich beantragt werden.

Die Gelder für das Bildungspaket 2011 wurden pauschal den Kommunen zur Verfügung gestellt, übrig gebliebenes Geld muss nicht zurückgegeben werden. Ab 2012 bekommen Kommunen die Ausgaben für das Bildungspaket vollständig erstattet.

Nach Ansicht des zuständigen Beigeordneten

Herr Kähler (SPD) dürfen die 2011 in Bielefeld „übrig gebliebenen“ zwei Millionen Euro nur:

● jährlich in das nächste Haushaltsjahr übertragen

● nur „zweckbestimmt“ eingesetzt werden.

Mit dieser Auslegung können die 2 Mio. Euro überhaupt nicht ausgegeben werden. Will man hier mit dem Geld der Kinder Haushaltslöcher stopfen?

Öffentlich äußerte die Bundesarbeitsministerin, sie erwarte, dass übrig gebliebenes Mittel in Projekte vor Ort investiert werden, die Kindern zugutekommen. [Die Zeit Online, 31.08.2012, „Von der Leyens versickerte Millionen“]

Selbst der Bielefelder Landtagsabgeordnete Günter Garbrecht (SPD) kritisierte: „Die Kommunen, die das Geld in den Haushalt haben fließen lassen, schneiden sich ins eigene Fleisch.“ [Neue Westfälische, 17.10.2012,

„Streit um Verteilung von Geld aus Bildungspaket“] Darum hat DIE LINKE beantragt, dass Verwaltung und Politik kurzfristig zusätzliche Projekte für Kinder entwickeln, die aus den nicht verwendeten Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes 2011 finanziert werden sollen. Damit könnte das Geld

zumindest indirekt bei den Kindern ankommen. Die direkte Auszahlung ist rechtlich schwierig und müsste erst mit viel öffentlichem Druck politisch (oder auf dem Rechtsweg) erkämpft werden.

Dr. Dirk Schmitz

Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss



Endlich: Miet-Nachzahlung!

Viele Bedarfsgemeinschaften mit zwei und mehr Personen haben nun erfreulicherweise Nachzahlungen automatisch für die Zeit ab Januar 2011 erhalten. Damals waren ihnen Unterkunftskosten unvollständig erstattet worden.

Das falsche Berechnen „angemessener“ Wohnungsgrößen hatte DIE LINKE bereits Anfang 2010 beanstandet!

Wer vor dem Stichtag 1.6.2012 aus dem Bezug von Arbeitslosengeld II ausgeschieden ist, muss die Überprüfung selbst beantragen.

Trotz Drängen der LINKEN war der Verwaltung der Aufwand für eine Gleichbehandlung zu hoch. Das ist empörend, denn Ansprüche aus dem Jahr 2011 sind nun schon verjährt.

Marlis Bußmann

Strompreise: Sozialtarif wird geprüft

Die Stadtwerke Bielefeld werden gebeten, die Möglichkeit eines Sozialtarifs in Bielefeld zu prüfen.

Das beschloss der Sozial- und Gesundheitsausschuss auf Antrag der LINKEN. „In Hamburg zahlen bedürftige Kunden nur maximal 4 % ihres Einkommens für Strom.“ erläutert der LINKE-Sozialpolitiker Dr. Dirk Schmitz. „In Bielefeld wurden letztes Jahr 500 Stromsperren verhängt. Und die steigenden Energiepreise drohen die Lage zu verschärfen. Ein Strom-Sozialtarif ist auch bei uns unverzichtbar.“

Dr. Dirk Schmitz

Die Grünen als Obersparkommissare im Bielefelder Rathaus

SPD, CDU, FDP brauchen sich in der neu eingeläuteten Kürzungsrunde nicht anzustrengen und können sich zurücklehnen: in allen Ausschüssen und Haushaltsrunden profilieren sich die Grünen als die „Obersparkommissare“.

Stellen im Sozialbereich haben keine kw(künftig wegfallend)-Vermerke bekommen. Das geht doch gar nicht, versichert der grüne Obersparkom-

missar Klaus Rees in der Finanz- und Personalaussschusssitzung vom 11.12.2012. In Zukunft werde man darauf achten, dass so etwas Entsetzliches nicht wieder vorkommt. Das Ansinnen von Sozialverbänden, für ihre Leistungen, die sie für die Stadt erbringen, auch Tarifsteigerungen ersetzt zu bekommen, sei unannehmbar für die städtische Haushaltsdisziplin. Nein, die einzigen und wahren Haushalts-

sparer, die wirklich unbarmherzig Disziplin wahren, seien sie, die Grünen im Bielefelder Rathaus.

Das gilt zwar nicht, wenn es um ihre parteipolitischen Schwerpunkte geht: eine grüne Umweldezernentin mit ihren Mitarbeitern ist wichtig und auch wenn die Energiewende Geld kostet, ist das vertretbar. Aber eben auch nur dann.

Es ist schon erstaunlich, wie die Grünen sich immer noch als linke und

soziale Kraft präsentieren können und im Rathaus bei Personal- und Haushaltsentscheidungen unbarmherzig den Rotstift regieren lassen. Dass sie auch mit noch so viel „Haushaltsdisziplin“ das Loch in der Bielefelder Stadtkasse nicht schließen können, bekommen sie bei so viel kleinkariertem Kürzungseuphorie gar nicht mit.

Barbara Schmidt

Fraktionsvorsitzende der LINKEN

Wilde Deponie am Bahnhof Brackwede

Der Brackweder Bahnhof und seine Umgebung verwahrlosen.

Gegenwärtig verdeckt der Schnee gnädig Wildwuchs und Unrat auf den Freiflächen drum herum. Fahrgäste finden Watterschutz nur, wenn der Kiosk im Bahnhof geöffnet ist. Sonst warten sie im Freien oder suchen Schutz in der Unterführung. Kein angenehmer Ort, denn die Unterführung ist Ersatz für fehlende Toiletten.

Die Zustände sind der Verwaltung bekannt. Im-

mer wieder hat Brigitte Varchmin in der Bezirksvertretung auf die Missstände hingewiesen, leider vergeblich. Kein Geld, so die Ausrede. Oder, die Lage sei zu vertrackt, weil drei Eigentümer, Deutsche Bahn, Stadt Bielefeld und ein Meller Privatmann sich einigen müssten. Kürzlich hat auch „Pro Bahn“ in der Neuen Westfälischen ausführlich auf die erbärmliche Situation hingewiesen und umgehende Besserung gefordert, sich Ausflüchte verbe-

ten. Ist das ein internationaler Busbahnhof mit Schienenanschluss zur Weiterreise? Nein. Wohl eher eine wilde Müllhalde unter der Verantwortung der Stadt Bielefeld, die zwar ihr Image mit „Marketing“ pflegt, aber sich offenbar einen Dreck um den Alltag von Berufspendlern oder den ersten Eindruck ankommender Fremder schert.

Brigitte Varchmin
Bezirksvertreterin
der LINKEN
in der BV Brackwede



Wird im Sport alles besser?

Die Sportlandschaft in Bielefeld ist gut aufgestellt. Einzelne Projekte finden nicht nur landesweit, sondern sogar bundesweit Beachtung. In der Sportpolitik ging es um den Sport, weniger um Politik.

Seit dieser Legislaturperiode hat sich das alles geändert. Ursache war eine wirklichkeitsfremde und nicht realisierbare Idee der Grünen (beleuchtete Laufstrecke am Obersee). Die sollte aus der Sportpauschale des Landes finanziert werden. Dass dabei nur Klientelpolitik betrieben wird, für eine nicht greifbare Zielgruppe und keinen nachvollziehbaren Bedarf, spielt keine Rolle.

Nachvollziehbar ist die Arbeit des organisierten Sports. Bei gut genutzten Angeboten werden Sportgeräte schneller verbraucht und/oder zusätzliche müssen angeschafft werden. Manch-

mal reichen auch die zur Verfügung stehenden Trainingszeiten nicht mehr aus. Dann müssen die Vereine für ein zusätzliches Raumangebot sorgen.

Das ist eigentlich logisch. Nicht unbedingt für die Ampel-Koalition (SPD und FDP machen artig mit). Darum werden jetzt die Richtlinien zur Vergabe der Sportpauschale überarbeitet. Ob zum Vorteil von allen Beteiligten werden die Praxis und die Zukunft zeigen.

Zweifel sind erlaubt!



Bernd Schatschneider
Sachkundiger Bürger
im Schul- und
Sportausschuss

DIE LINKE. im Rat

DIE LINKE beantragte Beitritt Bielefelds zum Bündnis »Vermögenssteuer jetzt!«

Zur Ratssitzung am 25. Oktober 2012 stellte DIE LINKE den Antrag:

„Der Rat der Stadt Bielefeld spricht sich eindringlich für die Einführung einer Vermögenssteuer aus und tritt öffentlichkeitswirksam dem Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“ bei. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung für die Einführung einer Vermögenssteuer entsprechend einzusetzen.“ Dieser Antrag

fand keine Mehrheit. Stattdessen wurde lediglich eine lauwarmer Resolution von SPD-Grünen angenommen.

Zur Ratssitzung am 22. November 2012 stellte DIE LINKE die Anträge:

„Zusätzlich zu der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung werden dem Bielefelder Bauernhaus-Museum jährlich 15.000 Euro für die Besetzung einer Leitungsstelle zur Verfügung gestellt.“ Mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag der LINKEN „Kein Transport von Mischoxid-Brennelementen (MOX) nach Grohnde“ wurde von der Tagesordnung abgesetzt und nicht behandelt. Begründung des OB: „Überschreitung der kommunalen Verbandskompetenz“ und deshalb „rechtswidrig“.

Zur Ratssitzung am 20. Dezember 2012 stellte DIE LINKE den Antrag:

„Der Rat fordert die Verwaltung der Stadt Bielefeld auf, kurzfristig zusätzliche

Projekte für Kinder zu entwickeln und vorzuschlagen, die aus den nicht verwendeten Mitteln des Bildungs- und Teilhabepakets 2011 finanziert werden sollen.“ Dieser Antrag wurde im Rat nicht abgestimmt, sondern an den Sozial- und Gesundheitsausschuss verwiesen.

Hans-Dietmar Hölscher
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

Linksfraktion vor Ort:

Auf dem Langen Kampe

Auch nach Heepen soll in Zukunft die Stadtbahn fahren.

Darüber, welche sozialen Auswirkungen der Bau einer Stadtbahnlinie durch die Siedlung „Auf dem Langen Kampe“ hat, hat sich die Ratsfraktion der LINKEN in der Zukunftswerkstatt der Baugenossenschaft Freie Scholle ausführlich informieren lassen. Zuvor hatten Peter Ridder-Wilkens und Benni Stiesch bereits an einer Anwohnerversammlung teilgenommen.

Die Freie Scholle verspricht sich eine erhebliche Verbesserung der

Lebensqualität durch die Anbindung des Quartiers an die in Planung befindliche Linie 5 nach

Heepen. Hierbei ist es für die Anwohner wichtig, dass die Stadtbahnen mit ebenerdigen Einstieg

durch ihre Straße fahren. Hierfür will sich die Ratsfraktion verstärkt einsetzen. **Benni Stiesch**



Foto: Freie Scholle Archiv

Linksfraktion vor Ort: Auf dem Langen Kampe

Leistungsverträge:

Kürzungen haben Folgen

Vor 10 Jahren hat die Stadt Bielefeld einen Großteil ihrer sozialen Aufgaben mittels Leistungsverträgen auf freie Träger und Wohl-

fahrtsverbände übertragen.

Sachkosten wurden seitdem noch nicht erhöht und Personalkosten seit 2010 „eingefroren“.

Dadurch fehlen zum Beispiel bei der Drogenberatung e.V. in diesem Jahr 150.000 Euro. Wurde bisher noch über schlechtere Tarifverträge „gespart“, mussten sie jetzt die Beratung von Kindern aus suchtbelasteten Familien einstellen. Zudem können vier befristete Stellen der Drogenberatung nicht verlängert werden: Das Drogenhilfzentrum ist dann täglich um 3–4 Stunden weniger geöffnet. So nehmen Drogenprobleme wieder zu.

Folgen dieser Art werden sich in Bielefeld häufen, betroffen sind alle freien Träger und Wohlfahrtsverbände. Und die anderen Parteien wollen weiterhin keinen Ausgleich für Kostensteigerungen. Kürzungen der rot-grünen Landesregierung kommen verschärfend hinzu: Sie will im Sozialressort, bei Kinder- und Jugendhilfe und beim Mittagessen für bedürftige Kinder viele Millionen Euro streichen.

Dr. Dirk Schmitz

Neu:

Sozialticket-Verkaufsstelle in Baumheide

Die Bezirksvertretung Heepen hat im November 2012 einstimmig den Antrag von Bernd Schatschneider (DIE LINKE) beschlossen, in Heepen eine Verkaufsstelle für Sozialtickets einzurichten. Schon seit 1. Dezember 2011 bekommen InhaberInnen eines gültigen „Bielefeld-Passes“ Sozialtickets für Busse und Bahnen in Bielefeld. Zunächst nur an zwei Verkaufsstellen in Mitte und einer in Sennestadt, also viel zu wenigen. Ab Januar 2013 gibt es Sozialtickets im Freizeitzentrum Baumheide auch für Heepen - allerdings nur an zwei Tagen im Monat, erstmals am 30. und 31. Januar 2013 jeweils von 10-14 Uhr.

Bezirksvertreter Bernd Schatschneider fordert: "Es muss alles getan werden, dass die Verkaufsstelle nicht nur zur Probe ist. Von den derzeit mehr als 8.000 Menschen mit Bielefeld-Pass sind mehr als 1.000 aus Heepen. Anderswo, im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (Köln, Bonn, Leverkusen) können Berechtigte ihr Sozialticket an jedem Automaten ziehen."

**Sprechzeiten der Ratsfraktion
DIE LINKE**

**Altes Rathaus · Erdgeschoss ·
33597 Bielefeld**

Montag - Donnerstag:

10-16 Uhr · Freitag: 10-14 Uhr

Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110

E-Mail: die.linke@bielefeld.de

Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

Auf dem Fußboden schlafen?

Kinder wachsen und brauchen auch neue Möbel, Betten zum Beispiel. Auch in Arbeitslosengeld-II-Familien.

Aber wer als Baby bereits ein Kinderbettchen hatte, bekommt kein größeres Bett erstattet. Das entschied der Sozial- und Gesundheitsausschuss und lehnte den Antrag der LINKEN auf Kostenübernahme für größere Betten ab. Die Verwaltung berief sich dabei auf ein Urteil vom Landessozialgericht Baden-Württemberg.

Dies hat aber ausdrücklich die Revision beim Bundessozialgericht zugelassen. Muss mal wieder bis zur höchsten Instanz geklagt werden?

Marlis Bußmann

Am Alten Dreisch: Vermieter macht weiter Chaos

Mit falschen Betriebskostenabrechnungen und ungerechtfertigten Mieterhöhungen macht die Immobiliengesellschaft IWG aus Hamm den Mietern der Siedlung Am Alten Dreisch weiter das Leben schwer.

„Wir lassen uns aber nicht einschüchtern“, erklärt Sandra Cooper, eine der Vorsitzenden der Bürgerinitiative. „Wir haben Rechte und die nehmen wir auch wahr!“

Immerhin: Das Mitspracherecht bei der Wohnungsvergabe wird inzwischen eingehalten und die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen ist zugesagt.

Die Bürgerinitiative bleibt weiter am Ball.

Barbara Schmidt

Medienboykott durch bürgerliche Presse

Die Neue Westfälische (zu 57,5 Prozent in SPD-Eigentum) gibt sich auch in ihrem überregionalen Teil alle Mühe, DIE LINKE zu ignorieren.

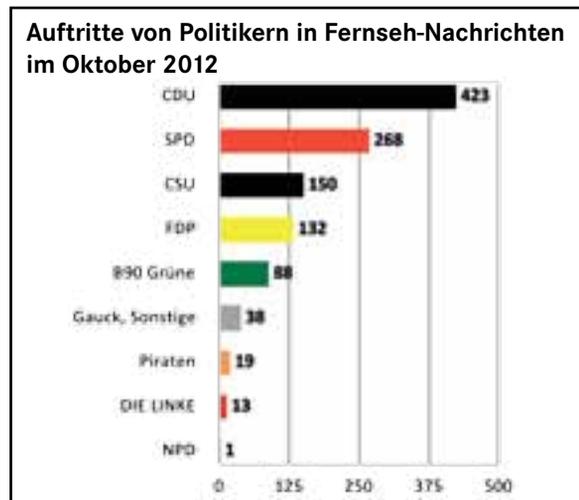
Am 18. Januar 2013 gab es kurz vor der Niedersachsen-Wahl einen Arti-

FDP noch bei 4 %. Im NW-Artikel wurde auch hier das Ergebnis der LINKEN unterschlagen: in derselben Umfrage vom ZDF-Politbarometer hatte DIE LINKE jedoch ebenfalls 4 %.

Das ist kein Einzelfall: Das Institut für empirische

SAT1). Es zeigt sich, dass Politiker von Grünen und FDP 6-13 mal so oft vorkommen wie DIE LINKE. Selbst die Piraten-Politiker kamen häufiger vor. Wenn zusätzlich auch die Auftrittsdauer berücksichtigt würde, dürfte der Vergleich noch krasser ausfallen.

Das ist auch kein Wunder: Die großen öffentlich-rechtlichen Sender stehen entweder der CDU/CSU (ZDF) oder der SPD (ARD) nahe, während die privaten Betreiber von SAT1 und RTL sowieso wenig Sympathien für DIE LINKE haben. Bertelsmann (Eig-



Quelle: Institut für empirische Medienforschung (IFEM)

»Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.«

Paul Sethe, konservativer Journalist, 1965

kel zur aktuellen Umfrage: CDU 41 %, SPD 33 %, Grüne 13 %, die FDP kam mit ihren 5 % vor. Die Prognose für DIE LINKE fehlte! In der Umfrage vom 7. Dezember 2012 lag die

Medienforschung macht seit langem Erhebungen über die Häufigkeit von Auftritten von Politikern in den Nachrichtensendungen der führenden Sender (ARD, ZDF, RTL,

ner von RTL) macht über die Bertelsmann-Stiftung seit Jahrzehnten Reklame für den neoliberalen Umbau der Gesellschaft, von den Studiengebühren bis zur Verschlechterung

der sozialen Sicherung. Da muss man sich über nichts wundern, wenn über DIE LINKE nur dann berichtet wird, wenn man ihr schaden kann.

Florian Straetmanns

Der Bändiger der Banken?



Foto: www.spdfraktion.de

Kanzlerkandidat Steinbrück (SPD) lässt verbreiten, dass er Zockerbanken, Heuschreckenfonds, Finanzspekulant und Miethaie bekämpfen will. Betrachten wir sein Eignungsprofil.

Peer ist

Leistungsstark: Mit 89 themengleichen Reden vor Unternehmern und Banken zu je 15.000 bis 25.000 Euro Stundenlohn wurde er 1,5-facher Millionär.

Unbeirrbar: Redethema war sein unbeirrtes Eigenlob für die Agenda 2010 von Rot/Grün, also für Hartz IV, Niedriglohnsektor per Leiharbeit, Minijobs und Werkverträgen, für Renten Kürzung und Sozialabbau und für seine milliardenstwe-

ren Bankenrettungen per Staatsverschuldung unter Schwarz/Rot

Steuergünstig: Deutsche Bank, J.P Morgan, BNP, Société Générale, Ernst & Young und andere Finanzdienstleister setzen seine Honorare wie alle seine 89 Redenkäufer als Weiterbildung von der Steuer ab.

Fürsorglich: Als Finanzminister verschonte er seine Referenten mit

Arbeit am Bankenrettungsgesetz durch freihändige Fremdvergabe (für 1,8 Millionen Euro) an Freshfields Bruckhaus Deringer, eine für Bankenlobbyismus geschätzte Kanzlei.

Genügsam: Von dieser Lobbykanzlei nahm er lediglich 15.000 Euro oder 0,8 Prozent Vermittlungsprovision, korrekt quittiert als Auftragsrede.

Ausgeklügelt: In Bo-

chum nahm er nur 25.000 Euro von den SPD-Stadtwerken, unschwer durch 90 Stromsperren für zahlungsschwache Familien ausgeglichen.

Diensteifrig: Für 170.000 Euro Jahresentgelt als Aufsichtsrat versprach er Thyssen-Krupp zweistellige Millionenbefreiung (für die Mega-Stromfresser Elektrostahl-Schmelzöfen) von der Öko-Stromsteuer. Sie

wird nun kruppneutral auf alle Kleinverbraucher einer Stadt wie Dortmund umgelegt.

Tarifikundig: Als Kanzler will er bloß doppelt soviel Geld wie Angela Merkel. **Am 22. September haben die lieben Wählerinnen und Wähler das Wort. Einen Kandidaten mit solchennehmerqualitäten bieten weder FDP noch CDU.**

Günter Seib

Frank Schwarzer tritt für DIE LINKE in Bielefeld an

Frank wurde auf der Mitgliederversammlung am 16. Januar zum Kandidaten für die Bundestagswahl gewählt. Der Diplom-Sozialarbeiter ist 38 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Als Mitglied der Gewerkschaft ver.di will er sich nicht damit abfinden, dass Deutschland den größten Niedriglohnsektor Europas hat. Er hält es für verheerend, dass die Bundesregierung dies nun auch noch dem Rest Europas verordnen will. Frank setzt dagegen auf Umverteilung. Eine Vermögenssteuer, eine Sonderabgabe für Millionäre und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes machen öffentliche Leistungen wieder bezahlbar. Dafür engagiert er sich bei attac und dem Bündnis UmFAIRteilen.

„Wir haben gute Gründe mit den Verhältnissen unzufrieden zu sein“, meint Frank Schwarzer. „Wir haben aber keinen Grund zur Resignation. Alternativen von links sind machbar.“



Kirche gegen Gewerkschaft ver.di

Die Gewerkschaft ver.di hat in den letzten Jahren in mehreren diakonischen Einrichtungen gestreikt. Der Kirche ist das ein Dorn im Auge. Sie hat deshalb die Gerichte angerufen, um ver.di das Streiken von Staats wegen verbieten zu lassen. Am 20. November 2012 hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) nun ein Urteil gefällt. Nicht grundsätzlich verboten hat das BAG den 1,3 Millionen Beschäftigten bei Diakonie, Caritas und Kirche das Streiken. Aber das Streikrecht soll es nur mit vielen Wenn und Aber geben. Nur wenn die Diakonie nicht mit der Gewerkschaft verhandeln will, wenn die Kirche sich nicht an ihre eigene Ar-

beitsrechtssetzung hält, dann dürfen sie streiken. Das Urteil ist ein Skandal. Aber in einer Zeit in der eine Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond einem ganzen Land (Griechenland) die „Tarife“ diktieren will, kann das auch nicht wirklich erstaunen. Ver.di will sich jedenfalls nicht entmutigen lassen. Und die Streikbetriebe in Niedersachsen und Hamburg zeigen wie es geht. Nicht auf die Gerichte starren, sondern das Streikrecht in die eigenen Hände nehmen. Dieses Selbstbewusstsein wünscht die LINKE auch den Beschäftigten bei den Bielefelder Betrieben der Diakonie.

Heinz Willemsen

Werbefeldzüge der Bundeswehr für »Kanonenfutter« stoppen!

Seit Abschaffung der Wehrpflicht 2011 sucht die Bundeswehr gezielt Schulen und Arbeitsagenturen auf, um junge Leute zu werben.

Anlass zur Empörung gibt es genug: die Kriegseinsätze der Bundeswehr forderten bereits genug Opfer - auch aus Bielefeld. Dazu kommt, dass beim "Werbefeldzug" an Schulen zu einseitig die Bundeswehr beworben wird. Das widerspricht dem Beutelsbacher Konsens. Der besagt, dass eine antimilitaristische Alternative an Schulen aufgezeigt werden muss.

Die Bundeswehr verfolgt den Plan: Sie wirbt an Gymnasien für die Offizierslaufbahn und damit verbundenen Studien-

gängen; an Haupt- und Realschulen sucht sie das restliche "Kanonenfutter". Die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher wird gezielt ausgenutzt. Leider haben diese "Werbefeldzüge" Erfolg. Denn sie versprechen mehr, als viele Jugendliche sich in ihrem Leben erhoffen können.

Bietet die Bundeswehr sichere Arbeitsplätze, wenn man täglich sein Leben in Gefahr bringt? Bietet sie eine gute Ausbildung, wenn man auf Töten ohne Rückfragen trainiert wird?

Fakt ist: Junge Erwachsene werden in fernen Kriegen eingesetzt, um ihr Leben zu riskieren! Und das nur für die ökonomischen Interessen

von Konzernen, sowie Machtspielchen der Bundesregierung.

Die Linksjugend spricht sich gegen eine »Karrierberatung« der Bundeswehr in den Räumlichkeiten der Arbeitsagentur, wie sie im März auch in Bielefeld ansteht, aus.

Stattdessen bedarf es ausreichender Ausbildungs- und Studienplätze mit finanziellen Sicherheiten für alle Jugendlichen!



**Treffen: Do., 19.00 Uhr
August-Bebel-Str. 126
(Parteibüro DIE LINKE)
www.linksjugend-
bielefeld.de
info@linksjugend-
bielefeld.de**

Drei kurdische Politikerinnen in Paris ermordet

Am 9.1.2013 wurden in Paris drei kurdische Politikerinnen ermordet. Zu den Opfern, die in den Räumen des Kurdischen Informationszentrums durch Kopf- und Nackenschüsse regelrecht hingerichtet wurden, gehört Sakine Cansiz, die Mitbegründerin der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Fidan Dogan, die Vertreterin des Nationalkongresses Kurdistan (KNK) in Paris und Leyla Sönmez, die sich zur Tatzeit eher

zufällig am Tatort aufhielt. Der Zeitpunkt der Morde wurde nicht zufällig ausgewählt. Der Verdacht liegt nahe, dass die Morde vom türkischen Geheimdienst ausgeübt wurden, um die Friedensverhandlungen zu sabotieren.

Nach Bekanntwerden von Gesprächen des türkischen Geheimdienstes mit dem PKK-Führer Öcalan wird in der Türkei seit Jahresbeginn eine heftige Debatte über die Lösung

der kurdischen Frage auf dem Wege des Dialogs geführt. Dabei entstand eine gesellschaftliche Stimmung, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung für diesen Weg ausgesprochen hat. Man geht davon aus, dass mit den Morden dieser Prozess konterkariert werden soll. Millionen von kurdischen und türkischen Menschen fordern seit Jahren das Ende des Blutvergießens, die Demokratisierung des Landes, die Durchsetzung von Frauen- und Menschenrechten sowie eine friedliche und politische Lösung der Kurdenfrage. Die Föderation demokratischer Arbeitervereine in Deutschland (DIDF) verurteilt die Morde an Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Sönmez und fordert die sofortige und lückenlose Aufklärung. **DIDF** (Föderation demokratischer Arbeitervereine)

Spenden für den griechischen Widerstand

In Griechenland herrscht Massenelend. Renten und Gehälter im öffentlichen Dienst wurden um 40 % gekürzt. Krebsfälle werden nicht mehr behandelt, Herz- und Hüftgelenk-Operationen gibt's nicht mehr, ärztliche Hilfe und Medikamente auch für Kinder nur noch gegen Bargeld. 50 % der Männer und fast 60 % der Jugendlichen sind arbeitslos. Die Zahl der Selbstmorde unter ihnen hat sich verdoppelt. Benzin und Heizöl sind unerschwinglich, Wälder werden für Brennholz gerodet. Die Prostitution in Athen hat sich verfünffacht. Das europäische Finanzkapital presst das Volk existenziell aus.

Mit den Milliarden der Griechenlandhilfe auf Kosten der Steuerzahler werden ausschließlich Schulden bei deutschen und französischen Großbanken

bedient. All diese Kredite wurden mit Waffenverkäufen verknüpft, etwa Leo-II-Panzer von Kraus-Maffei für 1,7 Milliarden, und Brennstoffzellen-Boote von Thyssen-Krupp, jedes U-Boot für 350 Millionen.

Mitglieder der LINKEN sammeln auf Veranstaltungen deutsche Kleinspenden für griechische Nothilfe. Widerstandsprojekte wie das von der Belegschaft übernommene Baustoffwerk Viomet in Thessaloniki, Schülerhilfen und Stadtteilküchen von Bauern und Hausfrauen werden damit gefördert. Alles Geld fließt über die gemeinnützige Stiftung „Friedens- und Zukunftswerkstatt“ direkt an Syriza. Zu dieser einzigen nichtkorrupten Partei ist das Vertrauen der Griechen in den letzten Wahlen von 3 % auf 27 % gewachsen.

Günter Seib

TERMINE

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen:

- **Arbeitskreis Wirtschafts- u. Sozialpolitik**
- **Arbeitskreis Hartz IV**
- **Arbeitskreis Umwelt und Stadtteilgruppe Mitte**
- **Arbeitskreis Kulturbaustelle**
- **Stadtteilgruppe Schildesche**
- **Stadtteilgruppe Heepen**
- **Frauenplenum**
- **Lese- und Diskussionszirkel zur Analyse und Geschichte des Kapitalismus**

Tel 0521. 866 11 · info@dielinke-bielefeld.de
NEWS-LETTER: www.dielinke-bielefeld.de
Jeden Fr. + Mi. 14-19 Uhr, offenes Büro
in der August-Bebel-Str. 126